

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Prognose der kommunalen Spitzenverbände rechnet für 2014 mit einem Überschuss kommunaler Einnahmen von 1,4 Mrd. Euro. Auch für 2015 bis 2017 wird jeweils ein Überschuss von durchschnittlich 1,5 Mrd. Euro erwartet. Die Einnahmen steigen. Die kommunalen Gewerbesteuererinnahmen und der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer erreichten im Jahr 2013 einen neuen Höchststand.

Worin also besteht angesichts dieser positiven Abschlüsse eigentlich das kommunale Finanzproblem? Es lohnt sich, einen Blick darauf zu werfen. Als erstes wird man feststellen, dass die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen immer weiter auseinandergeht. Die Investitionsvolumen sind höchst unterschiedlich, je nach Bundesland. Diese Entwicklung beschreibt im Kern die ungebremste Spreizung der Lebensbedingungen zwischen den Kommunen. Sie bedroht die kommunale Selbstverwaltung, denn wo sich politisches Engagement in immer neuen Sparrunden erschöpft, läuft jeder politische Gestaltungsspielraum und damit politisches Engagement ins Leere.

Als zweites fällt die zunehmende Investitionsschwäche auf. Die KfW hat aktuell einen Investitionsrückstand von rund 118 Mrd. Euro ermittelt. Das heißt, dass die Kommunen mindestens das Sechsfache ihrer Jahresinvestitionen aufwenden müssten, um diesen Rückstand aufzuholen. Auch hier gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Das dritte Problem sind die Sozialausgaben. Sie wuchsen 2014 um 3,8 Prozent von 47 auf 48,5 Mrd. Euro und werden 2015 die 50- Mrd.-Grenze übersteigen. Bis 2017 wird ein Anstieg auf mehr als 54 Mrd. Euro erwartet. Diese stetige Entwicklung kommunaler Haushalt von Investitions- zu Sozialhaushalten ist besorgniserregend. Dabei ist festzustellen, dass die Sozialausgaben, die vor Ort die Haushalte belasten, durch Bundesgesetze veranlasst werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Ungleichheiten zwischen den Kommunen größer werden, dass die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen massiv gefährdet ist und dass die kommunalen Handlungsspielräume für die Gestaltung örtlicher Lebensverhältnisse in finanzschwachen Kommunen mittlerweile gegen Null tendieren.

Hier zeigt sich, was die Kommunen wirklich brauchen, um ihre Investitionskraft zu stärken, um die kommunale Infrastruktur aufrecht zu erhalten, die Wirtschaft in Gang zu bringen, Arbeitsplätze zu schaffen und mit den Herausforderungen des demographischen Wandels fertig zu werden: Eine echte Entlastung bei den Sozialausgaben und eine echte Reform der föderalen Finanzbeziehungen.

Es geht dabei nicht nur ums Geld, die Ungleichheit der Lebensbedingungen berührt das Selbstverständnis unserer Gesellschaft und schadet der Demokratie und dem sozialen Zusammenhalt. Zukunftschancen dürfen nicht davon abhängen, in welcher Region man lebt.

Der Präsident des Städtetages Dr. Ulrich Maly sagt dazu: "Gerade die Städte müssen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Integration ermöglichen. Zudem müssen sie ihre Rolle als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung wahrnehmen können. Ohne Städte ist kein Staat zu machen."

Entlastung für die Städte und Kommunen ist von der Großen Koalition in Aussicht gestellt worden. Ich fürchte, auf die Reform der föderalen Finanzbeziehungen werden wir noch warten müssen. Dabei fällt eines auf, wenn man die Kernhaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden betrachtet: Die Kommunen tätigen fast ein Viertel der Ausgaben (23,6 %), während sie nur mit etwa 14% an den Steuereinnahmen beteiligt sind. Das zeigt, dass der Finanzausgleich nicht funktioniert. Ich frage mich, inwieweit die Vorstellung, die Steuereinnahmen gehörten allein dem Bund, der beliebig Geld verteilt und die Kommunen „entlasten“ könne, überhaupt verfassungskonform ist.

Auch wir müssen natürlich mit diesen Rahmenbedingungen zurechtkommen. Anders als viele andere Kommunen fahren wir unsere Investitionen nicht zurück, im Gegenteil. Unsere Investitionsquote ist nach wie vor hoch und sie wird es auch in der mittelfristigen Finanzplanung bleiben. Das ist im Prinzip zwar der richtige Weg, aber im nächsten Jahr und auch den Folgejahren wird es trotz einer Grund- und Gewerbesteuererhöhung zu einem Anstieg der Verschuldung kommen, wenn auch nicht mehr in dem Ausmaß wie vor zwei Jahren prognostiziert. Der Schuldenstand wird sich Ende 2015 auf rund 30,9 Millionen Euro belaufen. Am Ende des Planungszeitraums wird der Schuldenstand voraussichtlich bis auf 43,5 Millionen Euro anwachsen.

Ich erinnere daran, dass wir noch vor wenigen Jahren von einer Verschuldung von 58 Millionen Euro ausgegangen waren. Dieser Schuldenstand wäre für eine Stadt unserer Größenordnung viel zu hoch, daher ist es richtig, die Verschuldung runterzufahren.

Insgesamt haben wir im Ergebnishaushalt nach wie vor kein strukturelles Defizit, benötigen aber aus den eben dargelegten Gründen die Steuererhöhungen, die der Bürgermeister vorgeschlagen hat und die wir insgesamt für moderat halten. Nur so können wir einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden.

Die Prioritäten im Haushalt haben sich nicht verändert, was angesichts der hohen Zahl an Verpflichtungsermächtigungen auch nicht verwundert. Bildung, Kinderbetreuung, Tiefbau sind nach wie vor die drei Bereiche, die die Schwerpunkte im Haushalt bilden.

Der regelmäßige Aufwand der Stadt für Bildungsaufgaben beträgt rund 17,5 Millionen Euro. Hinzu kommen die Investitionen. Dazu gehören weiterhin die Schaffung von Krippenplätzen und weiteren Betreuungsangeboten sowie der Fortgang der Schulsanierungen. Neben der IGS wird im Hölty-Gymnasium investiert. Zusätzlich zur Fassadensanierung wird hier ein Küchencontainer angeschafft, der die Mittagsverpflegung der Schülerinnen und Schüler sicherstellen soll. Zu den Ausgaben für Bildung gehört auch die Finanzierung der Schulsozialarbeit durch die Stadt Wunstorf. Nach dem Auslaufen der Finanzierung durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes hatten wir gehofft, dass das Land diese Aufgabe übernehmen wird. Da damit

allerdings derzeit nicht zu rechnen ist, müssen wir diese zusätzliche freiwillige Leistung schultern, da die Schulsozialarbeiter an den Schulen hervorragende Arbeit leisten, auf die wir nicht verzichten wollen.

Einige weitere Maßnahmen haben wir beschlossen, die ergänzend zum Entwurf im nächsten Jahr begonnen oder umgesetzt werden. Dazu gehören die Sanierung der Saarstraße, die Verlängerung des Fußweges an der K 340 in Idensen, die Sanierung des Fußweges der Hauptstraße in Luthe, für die die Planung 2015 beginnen wird, der Ausbau des Parkplatzes Bruchdamm in Steinhude sowie weitere Kanalsanierungen. 2016 soll in die Neugestaltung des Barnemarkts eingestiegen werden.

Es werden weitere finanzielle Herausforderungen auf uns zukommen, das zeichnet sich jetzt bereits ab. Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen gehört dazu, aber auch die Umsetzung von Inklusion und Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Im Haushalt 2015 sind diese Aufgaben noch nicht oder nicht hinreichend abgebildet. Unsere Aufgabe wird es sein, hierfür in den nächsten Jahren Konzepte und Lösungsansätze zu entwickeln.

Ich möchte abschließend erneut auf ein Thema zu sprechen kommen, das uns in vielfältiger Weise zunehmend beschäftigen muss: den demographischen Wandel. Er ist kein Problem, das irgendwo in der Zukunft auf uns wartet. Wir sind vielmehr mittendrin und der „Point of no return“ ist längst erreicht. Ich empfehle, sich einmal auf den Seiten des Statistischen Bundesamtes die Bevölkerungs- und Alterspyramide

anzusehen. Man kann interaktiv Parameter wie „Zuwanderung“ beliebig verändern, die Struktur der Pyramide verändert sich grundsätzlich nicht.

Ein für eine Kommune wichtiger Indikator für den demografischen Wandel ist die Schülerzahlenentwicklung, mit der wir uns in den letzten Jahren ja immer wieder intensiv auseinandergesetzt haben. Bis zum Jahr 2020 werden wir rund 700 Gymnasiasten weniger haben als noch 2007, das ist quasi ein komplettes Schulzentrum. Die Konsequenzen aus dieser Entwicklung müssen gezogen werden, das Wünschen und Wollen hilft da nicht weiter.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass wir auf der Grundlage der Schülerzahlenprognosen bereits zwei Hauptschulen, eine in Steinhude, geschlossen haben, ohne dass diese Zahlen angezweifelt wurden oder es irgendeine Form des Protestes gab. Auch der Schulweg wurde nicht als unzumutbar angesehen. Die Bedingungen für die Hauptschulen waren da längst nicht mehr akzeptabel. Die Frage, vor der wir jetzt stehen, ist, ob wir zu Lasten der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien und Realschulen so lange warten müssen, bis Defizite bei der Angebotsvielfalt und der Lehrerversorgung nicht mehr zu übersehen sind.

Vorausschauende Schulpolitik sieht anders aus.

Wunstorf verliert schleichend und kontinuierlich Einwohner. Bereits jetzt ist die Einwohnerentwicklung schlechter als das worst-case-szenario unseres Bevölkerungsgutachtens.

Demographischer Wandel bedeutet auch, dass es immer weniger Erwerbstätige gibt, die für die erforderlichen Steuereinnahmen sorgen und auch für immer mehr ältere und alte Menschen aufkommen müssen. Weniger Einwohner und weniger Steuereinnahmen bedeutet für uns, dass die Infrastruktur angepasst werden muss. Das wiederum heißt Schrumpfung, was immer ein schwieriger und schmerzhafter Prozess ist. Er ist aber unausweichlich, wenn wir in Verantwortung für das Gemeinwohl und für die zukünftigen Generationen handeln wollen. Ich zitiere an dieser Stelle den Dalai Lama, von dem in Wunstorf in letzter Zeit ja viel die Rede ist: *Da alles ständig im Wandel ist, kann nichts auf Dauer unverändert existieren.*

Am Beispiel der Schulen ist der Handlungsauftrag, den uns der demographische Wandel erteilt, gut deutlich zu machen: Wenn wir bei sinkenden Einnahmen - und Schülerzahlen - die Qualität der Schulen erhalten und unseren Verpflichtungen, gute räumliche Bedingungen zu schaffen, auch zukünftig nachkommen wollen, müssen wir unsere finanziellen Ressourcen konzentrieren. Davon werden die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte profitieren.

Aber auch an anderen Stellen werden wir über die Anpassung von Infrastruktur an die Alters- und Bevölkerungsentwicklung sprechen müssen. Dabei müssen wir kreative Lösungen entwickeln. Ein Beispiel will ich hier nennen:

Wir haben die im Haushalt vorgesehene Sanierung des Feuerwehrgerätehauses Bokeloh zum Anlass genommen, mal zu überlegen, ob es zum einen nicht sinnvoller ist, einen Neubau zu planen und ob sich zum zweiten nicht Synergieeffekte durch die Nutzung durch zwei Ortsfeuerwehren ergeben könnten. Nach Gesprächen mit den Ortsfeuerwehren sind wir zu dem Schluss gekommen, dass es für Bokeloh und Mesmerode ein zukunftsweisender Schritt wäre, die Kooperation zu vertiefen und ein gemeinsames modernes Feuerwehrgerätehaus mit Schulungsräumen und allem, was dazu gehört, zu bauen. Diese Planung wollen wir weiter verfolgen.

Ich komme nun zum Schluss meiner Ausführungen. Das Jahr geht seinem Ende entgegen. 2014 war ein Jahr mit schwierigen Entscheidungen, ein Jahr, das seinen traurigen Höhepunkt im Tod unseres geschätzten, liebenswerten Kollegen Felix Becker fand, an den ich an dieser Stelle erinnern möchte – gerade heute, da wir seinen Nachfolger wählen.

Ich bedanke mich im Namen der Gruppe SPD/Grüne bei Bürgermeister Eberhardt, Frau Baciulis, Herrn Varnholt und ihren Teams für die gute Zusammenarbeit, für die kompetente Beratung und Umsetzung von Beschlüssen, für die gute Vorbereitung und Begleitung der Haushaltsplanberatungen.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für gute und zielführende Diskussionen und Gespräche. Auf gute Zusammenarbeit im nächsten Jahr!